



Zageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei Raum 2 RM. (halbjährlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. ohne Aufstellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. Reichsbahnstraße 12 Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Amt Dresden-Nr. 17259 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr außer Dienstag u. Donnerstag

Einzelnummer: Die neurom geprägte Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienmitglieder 0,20 RM. Als die Zeitungsecke am schließend an den dreiflügeligen Teil eines Tageszeitung 1,50 RM. Einzelne Ausgaben werden bis 9 Uhr montags in der Expedition Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bevölkerung besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückholung des Bezugspreises

3. Jahrang

Dresden, Mittwoch, den 21. Dezember 1927

Nummer 296

Keine Unterwerfung!

Streik gegen das Schlichterbüttel / Die Arbeiter müssen trotzdem kämpfen / Bankrott der reformistischen Strategie

Kapitulation der Reformisten

Verbindlichkeitserklärung im Ruhrkampf

Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtbericht) Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch in der Eisenindustrie für verbindlich erklärt. Das Berliner Tageblatt meldet aus Essen, daß die drei am Tarifvertrag beteiligten Metallarbeiterverbände in den nächsten Tagen in Versammlungen Stellung nehmen und sich auf den Standpunkt stellen werden, daß die Verbindlichkeitserklärung ihnen eine Bindung auferlegt, die keinerlei Kampfmahnahmen zur Erzielung besserer Arbeitszeit und Lohnbedingungen ermöglicht.

In welch bewußter Weise die reformistischen Gewerkschafts- und SPD-Führer jede Kampfmahnahme der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft gegen die Schwerindustrie verhindern, erläutert sich aus der einleitenden Stellungnahme des heutigen Vortwärts zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs. Er schreibt: „Der Reichsarbeitsminister hat, wie vorauszusehen war, beide Schiedssprüche vom 15. Dezember, die die Arbeitszeit und die Löhne in der Metallindustrie im Ruhrgebiet regeln, für verbindlich erklärt. Mit dieser Verbindlichkeitserklärung hat ein großes Ningen vorläufig ein Ende genommen.“

Dann weshalb der Vortwärts weiter nichts zur Verbindlichkeitserklärung zu sagen, als in schamloser Weise gegen die KPD zu beharren. In demagogischer Weise fordert das Stampferorgan dann die KPD auf, die von ihr aufgestellte Forderung nach dem allgemeinen Abwehrstreik praktisch zu verwirklichen und die Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen. In gleicher Weise führt das Blatt fort: „Die KPD wird das nicht tun. Sie wird die Ruhrarbeiter schon öfter verraten, wie sie der Ruhrarbeiter schon öfter verraten und der Schwerindustrie ausgeliefert hat. Die KPD verschweigt nämlich aus guten Gründen, wie die Organisation der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet aussah, bevor die KPD einen nennenswerten Einfluss hatte, und was die KPD aus dieser Organisation gemacht hat... Durch ihre gewerkschaftliche Spaltungskunst hat die KPD dahin gewirkt, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf ein Viertel ihrer Höchstzahl, die sie nach dem Kriege erreicht hatte, herab sank.“

Nachdem der Vortwärts noch die Schuld für den Rückzug der Reformisten vor der Bürgerblockregierung auf die Christen abzuwälzen versucht, schreibt er zum Schluss: „Der Kampf wird als politischer Kampf bei der nächsten Reichswahl auszufechten sein.“

Die Stellungnahme des Vortwärts ist die Linie der SPD-Gewerkschaftsführer und das Eingeständnis des Bankrotts der reformistischen Strategie. Mit der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs tritt diese Bewegung in ein neues, ernstes Stadium, das die Massen der Hütten- und Metallarbeiter verpflichtet, mit allen Kräften unter der Führung der Opposition dahin zu arbeiten,

den Kampf am 1. Januar auch trotz der Verbindlichkeitserklärung und bis zur Durchsetzung der von den Verbündeten aufgestellten Forderungen aufzunehmen.

In dieser Situation darf es keine Schwankungen geben. Die Aufnahme des Kampfes wird jedoch nur gegen den Willen der reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsführer möglich sein. Die Berichte aus dem Streitgebiet zeigen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, der feigen Kapitulation der Gewerkschaftsführer zu folgen und sich dem Zwangsschiedsvertrag zu unterwerfen. Wenn der Kampf aber erfolgreich geführt werden soll, muß die Zeit bis zum 1. Januar ausgenutzt werden zur Sammlung der Kräfte, zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zur Aktivierung der Betriebsräte, zur Herstellung der Verbindung zwischen den einzelnen Hütten und Metallbetrieben.

Es darf den Reformisten nicht gelingen, den zum Kampf entschlossenen Arbeiterschaften ihr Kampfwerkzeug, die Gewerkschaftsorganisationen, in der entscheidenden Situation zu entreißen. Es muß gelingen, trotz der Sabotage der Führer, die Organisationen zur Durchführung des zielhaften Kampfes zu verwenden. Der Kampf in der Schwerindustrie und sein Ausgang ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Hütten- und Metallarbeiter, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterklasse, und das Mitteilungsblatt des Ortsausschusses des ADGB in München hat recht, wenn es schreibt:

„Geht dieser Kampf verloren, so wird die deutsche Arbeiterschaft die zweite große Niederlage nach dem Novemberumsturz erleiden, deshalb gilt es mit allen Mitteln zu rüsten, damit die Niederlage vermieden wird.“ Dieser Erkenntnis und diesen Worten müssen die Arbeiter die entsprechenden Taten folgen lassen. Wir wollen nicht: die Hüttenarbeiterchaft wird die Verbindlichkeitserklärung dem Bürgerblockschlacht ebenso vor die Füße werfen, wie

sie einstimmig den erbärmlichen Schiedsspruch ablehnte, und wird in Massenversammlungen und in der Entsendung von Delegationen zu den Gewerkschaftsinstanzen ihren entschlossenen Kampf zum Ausdruck bringen und die Aufnahme des Kampfes am 1. Januar fordern.

Es darf keine Kapitulation geben. Die Kampfgemeinschaft der Hüttenarbeiter, Metallarbeiter mit den Bergleuten, Eisenbahner und Transportarbeitern muß jetzt Tatsache werden. Der Kampf muß bis zum vollen Siege gegen die schaumäugigen Schwerindustriellen, gegen das Ammoniumsichtungswesen, gegen die Teufelschaft und gegen die Bürgerblockregierung, trotz aller Hindernisse seitens der Gewerkschaftsführer, geführt werden.

2000 Hinrichtungen in Kanton

Shanghai, 21. Dez. (Drahtbericht) Der Terror in Kanton dauert fort. Es sind über 2000 Personen hingerichtet worden.

Die Meldungen über das Schicksal der Angehörigen des Konsulats sind voller Widersprüche. Einerseits verlautet, daß der Generalkonsul, der Botschaft und das Personal des Konsulats verhaftet wurden, andererseits wird gemeldet, daß sich unter den Geschworenen auch der Botschaft befindet. Das Gebäude des Sonderkonsulats ist von Chinesen und Weißgardisten besetzt, das Mobiliar wurde geraubt. Aus Kanton wird die Hinrichtung von neuen Sowjetbürgern gemeldet. Genaueres ist jedoch nicht bekannt. Sämtliche Sowjethandelsorganisationen in Shanghai wurden geschlossen und von Polizeiausgeboten abgesetzt. In der Handelsvertretung und in der Zweigstelle der Sowjethandelslotto nahm die Polizei der Fremdenmindererlassung eine Haardurchsuchung vor, beschlagnahmte jedoch nichts.

Berlin, 21. Dez. (Eig. Drahtbericht) Das offizielle amerikanische Wochenblatt in Shanghai, „China Weekly Review“, schreibt über die Lage in Shanghai: „Die Lage der Arbeiterschaft in Shanghai erinnert an die Lage unmittelbar vor den Ereignissen am 30. Mai 1925. Die Gefahr eines Generalstreiks schwelt über Shanghai und kann jeden Augenblick Wirklichkeit werden. Wenn auch die Zahl der Streitenden gegenwärtig nicht groß ist, so gab es jedoch bisher in Shanghai niemals ein so lich geplantes Verhältnis und eine solche Zuspaltung zwischen Arbeit und Kapital und besonders zwischen chinesischen Arbeitern und ausländischen Unternehmern, als in der gegenwärtigen Zeit.“

Aus Shanghai wird weiter gemeldet, daß die chinesischen Stadtbehörden Verfügungen erlassen haben, wonach sämtliche

Arbeiterstreiks, ohne Rücksicht darauf, durch welche Ursachen hervorgerufen worden sind, aufs schärfste verboten sind und den Streitenden in den englischen und amerikanischen Fabriken, ferner den Hafenarbeiter beschönigt wird, die Arbeit unverzüglich aufzunehmen. Die streitenden Arbeiter haben bloß der Verfügung nicht Folge geleistet. In einer Reihe von größeren besetzten Einrichtungen, darunter auch der Post, wurde von den Angestellten neben den wirtschaftlichen Forderungen auch die politische Forderung auf Legalisierung ihrer Gewerkschaften mit der Streikandrohung erhoben.

Nach Meldungen der United Press aus Hongkong sind in Kanton außer dem Finanzkolonial noch 20 russische Staatsbürger getötet worden. Während des Ueberfalls auf das Sowjetkonsulat wurden 2 weibliche Konsulatsbeamte erschossen, während die übrigen in Ketten gelegt und später im Gefängnis hingerichtet wurden.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, daß in Kanton 300 Arbeiter, die bisher im Theater gefangen gehalten wurden, sämtlich zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. Flüchtlinge aus Kanton werden durchsucht und massenhaft verhaftet, darunter 25 Führer des Aufstandes.

Neuer revolutionärer Vorstoß auf Kanton

Ts. Peking, 21. Dezember. Wie aus Shanghai gemeldet wird, ist über Kanton erneut der Belagerungszustand verhängt worden, da ein neuer Vorstoß der Kommunisten von Swatow aus erwartet wird. Die Ausländer sind sämtlich nach Shomen übergezogen. Auch in Swatow halten sich zur Zeit keine Ausländer auf. Nach weiteren Meldungen sollen auf Anordnung des Generals Li in Kanton sämtliche Gewerkschaften aufgelöst werden. In einem Theater Kantons sei gestern eine Kommunistenversammlung ausgehoben worden.

Der zweite Schlag

Auf die Stilllegungsaktion der Eisenkapitäne folgte der zweite Schlag. Diesmal richtete er sich nicht nur unmittelbar gegen die Metallarbeiter, sondern gegen die ganze Arbeiterklasse, gegen das ganze werktätige Volk. Er geht nicht nur von der Spiege der Beherrschter der Industrie aus — alle Spiegeverbände des deutschen Unternehmertums, der Großindustrie, des Finanzkapitals und des Großhandels vereinigen sich zu einem wichtigen Schlag gegen die große werktätige Mehrheit des deutschen Volkes. Die Organisationen der Bourgeoisie veröffentlichen ihr „Sparprogramm“: Ein brutaler Griff an die Gurgel der arbeitenden Massen, ein brutalisches Diktaturprogramm der deutschen Ausbeuter-Oligarchie.

Das „Sparprogramm“ der Spiegeorganisation der Unternehmer steht in engstem Zusammenhang mit dem Jahresbericht des Reparationsagenten des amerikanischen Imperialismus Parker Gilbert: „Das endgültige Urteil über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung hängt von den proletarischen Erfolgen ab, die Deutschland bei der Einräumung der Tendenzen zum übermäßigen Ausgeben und Leihen habe“, schrieb Parker Gilbert. Und das Großkapital erfreut die Anteilseigner und befiehlt der Vorsitzende seines Willens, der Bürgerblockregierung:

Ehrens: „Berminderung der Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden bereits im Etat für 1928.“ Das heißt Herabsetzung der Soziallasten, vollkommene Erfüllung der schwerindustrielles Forderungen auf Reduzierung der Erwerbsteuerpflicht, der Rentenfürsorge, der Ausgaben für Milizen und Milizen vor-

Hungers und des Elends für das werktätige Volk.

Zweitens: Aufrichtung einer Diktatur des Finanzministers über die gesamte Finanzpolitik der Länder und der Gemeinden. Die Schwerindustrie proklamiert das Finanzdiktaturprogramm Schachts als ihr eigenes.

Drittens: Fatale Aufhebung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden mit den Zielen, die Schacht bereits verkündet hat: Abwöhlung jeglicher Sozialpolitik der Selbstverwaltungskörper.

Viertens: Beschleunigung und radikale Verwaltungsreform mit dem Ziele eines umfassenden Beamtenabbaues im nächsten und in den kommenden Jahren.

Und fünftens: Abbau der Besitzsteuern und Erhöhung der Massesteuern mit dem offen eingestandenen Ziele der noch größeren Steigerung des kapitalistischen Profits.

Der Ton des „Sparprogramms“ der Bourgeoisie ist bestimmt. Widerstand wird nicht geduldet! Finanzkapital, Schwerindustrie und Großhandel verlangen „sofortige Durchführung“ ihres Befehls: „Weiter bei Regierungen, noch bei Volksvertretern hat sich bisher der Wille zu einer parlamentarischen Zusammensetzung mit genügendem Nachdruck durchgelegt.“ Und der Schlusselfrage des Unternehmerprogramms ist der Ruf nach der offenen Diktatur: „In solcher einheitlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen die Verbände den Weg in die Zukunft, eine solche Politik erfordert Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung.“ Der Weg in die imperialistische Zukunft auf dem Rücken des werktätigen Volkes, unter der Peitsche des

Spätestens des Jahres 1928 aufweist: Kapitalistische Gewerkschaften gegen die Arbeiterschaft!

Die Bourgeoisie verbündet ihr „Sparprogramm“, den strategischen Plan der Auszehrung des werktätigen Volkes. Vor wenigen Tagen hat die Regierung derselben Bourgeoisie den Reichstag für 1928 veröffentlicht, der Natur demnach jedem denkenden Arbeiter beweist, welche Bewandtnis es mit der „Sparpolitik“ des Bürgerblocks hat. In diesem Reichstag werden für die Reichswehr und die Marine 743,15 Millionen veranschlagt. Im Jahre 1913 betrug der Heeres- und Marinenebet 2166,7 Millionen. Das bedeutet, infolge der Tatsache, dass die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig bloß über ein Heer von 100 000 gegen 650 000 Mann vor dem Kriege verfügt, fast eine Verdreifachung der Heeres- und Marineausgaben gegenüber 1913! Obwohl die deutsche Flotte infolge des Verhälter Friedensvertrages zum größten Teil vernichtet wurde, und sie gegenwärtig militärisch viel mehr als eine Spieldose bedeutet, fordert der Reichstag für 1928 für die exterritoriale Ausrüstung der Schiffsbauten 20,18 Millionen gegenüber 21,17 Millionen im Jahre 1913 an. Der deutsche Staat ist verhältnismäßig dreimal größer als der Frankreichs, jemals größter als der Polens. Das ist die „Sparpolitik“ der deutschen Bourgeoisie!

Dieser Heeresrat des „abgerüsteten“ und entwaffneten“ Deutschlands steht in engstem Zusammenhang mit dem Sparprogramm des Großkapitals. Beide haben einen und denselben Zweck: die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus mit seiner ganzen politischen, ökonomischen und militärischen Expansionskraft wie vor dem Jahre 1913. Durch Sparprogramme und Stilllegungsaktionen soll die werktätige Masse bis zum Weißblut ausgesogen werden, ihre politische Widerstandskraft durch Hunger und Elend gebrochen werden, durch niedrige Löhne und hohe Arbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Bourgeoisie am Weltmarkt auf das äußerste gesteigert werden — solange, bis die imperialistische Macht der deutschen Bourgeoisie wiederhergestellt ist. Wer diese Zusammenhänge nicht versteht, begreift nicht die gesichtliche Bedeutung der Stilllegungsaktion der Trustkapitäne, des „Sparprogramms“ der gesamten Bourgeoisie und der außerordentlichen Zuspitzung der Klassengegensätze im nächsten Jahre, die sie anzeigen.

Das Jahr 1928 ist das Jahr der Generaloffensive gegen die deutsche Arbeiterschaft, wirtschaftlich und politisch. Es ist kein Zufall, dass die Bourgeoisie in ihrem „Sparprogramm“ категорisch betont, dass dieses nur durchführbar sei durch eine Verstärkung der Macht der Bürgerblockregierung. Es ist kein Zufall, dass noch vor wenigen Tagen der Abgeordnete Kardorff, einer der Führer der schwerindustriellen Volkspartei, in einer programmatistischen Rede den Ruf nach Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten erläutert. Die Bourgeoisie weiß genau, dass sie ihr Auszehrungsprogramm nicht mit den normalen Methoden der parlamentarischen Demokratie durchführen kann. Sie sieht die wachsende Anzahlung der Massen, sie hört das revolutionäre Größen von Millionen Arbeitern, denen der Brotsack höher gehängt wird. Derselbe Schach, dessen Programm sich jetzt die ganze Bourgeoisie zu eigen macht, prägt das Wort, dass die sozialen Konflikte in Deutschland nur dadurch gelöst werden können, dass Blut in Strömen fließt. Die Bourgeoisie bereitet sich darauf vor, mit Hilfe des § 48, mit Hilfe ihrer Reichswehr, mit Hilfe ihrer faschistischen Verbände die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit, ihr „Sparprogramm“ mit blutigem Terror zu verwirklichen. Das, nur das ist der Sinn der schwerindustriellen Röfung nach Verstärkung der Macht der Reichsregierung.

Das Equalisierte Stilllegungsaktion und Sparprogramm. Die deutsche Bourgeoisie hat die volle Unterstützung der stärksten Finanzmacht der Welt, Amerikas. Wenn im Jahre 1928 Massenaustritt auf Massenaussperrung folgen wird, Hunderttausende von Arbeitern wiederum auf die Straße illegen werden, so wird die internationale Bourgeoisie der blutigen Unterdrückung des werktätigen Volkes um Lohn und Zeit ebenso begeistert applaudieren, wie der Abschöpfung tausender revolutionärer Arbeiter in Kanton. Der Kampf um Lohn und Arbeitszeit ist ein Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Die Aufrichtung einer eisernen proletarischen Einheitsfront gegen die Stilllegungsaktion der Schwerindustrie ist der erste Akt zur Selbstverteidigung des deutschen Proletariats gegen die Generaloffensive der Diktatoren des Finanzkapitals. Er ist aber auch ein Akt des Kampfes gegen den internationalen Imperialismus. Schon jetzt hat die französische und die Ingangdurgische, die österreichische und die schwedische Montanindustrie die Lösung der deutschen Schwerindustrie aufgenommen. Wenn in Deutschland in drei Schichten gearbeitet wird und die Arbeitslöhne herabgesetzt werden, dann muss dies auch in den anderen eisenproduzierenden Ländern geschehen. Die deutsche Stahlindustrie, die an der Spitze der europäischen Eisen- und Stahlproduktion markiert, gibt das Signal zu einem Angriff gegen die Arbeiterschaft in allen europäischen Ländern. Die Auslösung des Kampfes in Rheinland-Westfalen ist nicht nur von ungeheurer Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für die ganze europäische Arbeiterschaft!

Auf dem Meeresgrunde erstickt

Die Hoffnung auf Rettung der Eingeschlossenen von „S 4“ aufgegeben

U. Neufort, 20. Dezember. Nachdem die in dem gesunkenen U-Boot „S 4“ eingeschlossenen sechs Seelen im Laufe des gestrigen Nachmittags durch Klopfzeichen mitgeteilt haben, dass sie die leise Sauerstoffflasche angebrochen haben, hat man nunmehr jede Hoffnung auf die Rettung der Eingeschlossenen aufgegeben, da sämtliche Versuche, von außen frische Luft zuzuführen, mißlungen sind.

Nur noch schwache Lebenszeichen der Matrosen

U. London, 20. Dezember. Wie aus Boston gemeldet wird, waren die sechs im U-Boot „S 4“ eingeschlossenen Matrosen um 11.20 Uhr noch am Leben. Um 14.30 Uhr wurde die Verbindung mit ihnen wieder hergestellt, doch sind die Signale aus dem Torpedoraum nur noch schwach und undeutlich.

Das Schicksal der eingeschlossenen U-Boot-Matrosen besiegt!

U. Neufort, 20. Dezember. Die Hoffnung auf Rettung der 6 Matrosen im U-Boot „S 4“ ist endgültig ausgegeben worden. Eine Antwort auf Signale vom außen her erfolgt nicht mehr.

Schlesien hat den kältesten Tag seit 125 Jahren

U. Breslau, 20. Dezember. Heute morgen zeigte das Thermometer eine Temperatur von 24 Grad Celsius unter Null, in der vergangenen Nacht wurden sogar 25 Grad verzeichnet. Heute ist mit 24 Grad unter Null der kälteste Tag seit 125 Jahren. Eine noch niedrigere Temperatur (26,9 Grad) wurde im Jahre 1799 gemessen. Nach den heute vorliegenden Wettermeldungen besteht jedoch Aussicht auf Nachlassen der Kälte.

Zunehmende Kälte in Sowjetrußland

U. Kowno, 20. Dezember. Nach Berichten aus Kowno wird dort bereits 30 Grad Kälte verzeichnet. Der Eisenbahnenverkehr wird durch die außergewöhnlich große Kälte stark behindert. Aus dem Jakut-Land wird großer Mangel an Lebensmitteln gemeldet, da die Zufuhr außerordentlich erschwert ist. Die Behörden haben bereits alle für die Verhinderung einer Hungersnot nötigen Maßnahmen ergriffen.

Ein vierzehnjähriger als Sittlichkeitsverbrecher und Mörder

U. Bautzen i. Vogtl., 20. Dezember. Ein schreckliches Verbrechen wurde gestern nachmittag in einem Walde unweit von Bautzen verübt. Dort wurde die 7½ Jahre alte Tochter eines Rittergutsbesitzers ermordet aufgefunden. Abends meldete sich bei dem Bürgermeister in Weizenwand ein 14½ Jahre alter Webschüler, der angab, auf dem Wege von Treuen nach Weizenwand überfallen worden zu sein. Es stellte sich aber heraus, dass die Angaben erlogen waren. In einem Kreisverhör gab der

Neuwahlen in Hamburg, Hessen und Strelitz

Unter der Losung: Einheitsfront gegen die Kommunisten!

Der „Staatsgerichtshof der deutschen Republik“ hat die Wahlen in Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz kassiert. Lebet seine Beweggründe kann keinerlei Zweifel bestehen. Die oberste Rechtsinstanz der bürgerlichen Demokratie untersucht im Auftrag des in den Wahlen schwer geschlagenen Bürgerblocks einen Versuch, durch nochmalige Abstimmung die bisherigen Resultate zu fortsetzen.

Dieser Versuch konnte der Staatsgerichtshof, ohne unangenehmes Aussehen zu erregen, nicht allgemein in die Wege leiten, aber er soll jedenfalls im wichtigsten Punkt, in Hamburg, unternommen werden. Die geschlagenen Bürgerblockfronten neu zu mobilisieren, die Wiederwahl zu fortsetzen, gegen die Kommunisten das Kampfheuer zu richten, das ist der Zweck dieser Korrektur!

Um die stillschweigende Unterstützung dieser Neuwahlen bei der Sozialdemokratie zu erreichen, ist neben Hamburg auch die Hessenwahl angesucht worden, in der mit dem Bürgerblock zusammen sich die regierende Sozialdemokratie Prügel geholt hatte. Da zwischen Staatsgerichtshof und SPD die Einheitsfront der Hoffnung auf eine Korrektur der bisherigen Ergebnisse zugunsten der Kommunisten besteht, das beweist zweierlei:

Erläutert, wie die Sozialdemokratie sich mit dem formal-juristisch begründeten Beschluss des Staatsgerichtshofes absindet. Das „Hamburger Echo“ schreibt:

„Diese Entscheidung müssen wir respektieren, selbst wenn es uns schwer fällt, ... wir wollen daher mit dem Urteil nicht rechnen, sondern unverzüglich die Schlussfolgerungen ziehen, die daraus gezogen werden müssen.“

Zweitens der Kernpunkt dieser „Schlussfolgerung“. Es ist, fürt und bündig und völlig unzweideutig,

die Konzentration der Neuwahlen gegen die Kommunisten.

„Die Kommunisten müssen vernichtet geschlagen werden“, so formuliert (seit gedruckt!) das gleiche „Hamburger Echo“ in seinem neuesten Wahlaufruf die Kampfslogen, nachdem es verfügt hat, mit dem Staatsgerichtshof „nicht rechnen“ zu wollen. Denn ihre (der Kommunisten) Schuld war es, dass kein Arbeitersenat zustande kam, ihre Schuld war es, dass die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien nicht mit dem Vollgewicht der proletarischen Mehrheit in der Bürgerschaft entgegentreten konnte. Und weiter:

„Wenn die Entscheidung des Staatsgerichtshofes, die unabänderlich ist, und gegen die es keine Berufung gibt, ein Gutes haben soll, so kann es nur die Vollendung des Sieges gegeben sein, den die Hamburger Sozialdemokratie am 9. Oktober angetreten hat.“

Nach dem Vorangegangenen ist völlig unzweideutig und klar, was die SPD bei der Neuwahl und mit der Neuwahl anstrebt. Gegen „rechts“, gegen die bürgerlichen Parteien, einige ganz zahme Worte (Demokraten und Volkspartei) stehen nicht gewillt, die ihnen „abgerungenen Zugeständnisse“ „ohne Winkelzüge zu erfüllen“; gegen die Kommunisten das ganze Feuer konzentriert! Kein Wort gegen den Bürgerblock, kein Wort gegen die Deutschnationalen, aber unübersehbare Antibolschewistische Feindseligkeit!

Das Vorgehen des Ministeriums ist ungültig, die nächste Landtagswahl am 22. Dezember statt.

In Mecklenburg-Schwerin wollen die Nationalsozialisten gegen den Bestand des Landtages Klage erheben. Die Staatsregierung erklärt dazu, dass für diesen Fall der Reichsstaatsgerichtshof nicht zuständig sei, sondern der eigene Staatsgerichtshof des Landes.

Wie verläuft, will auch die sächsische Regierung eine Erklärung über die Rechtslage des Sächsischen Landtages abgeben. Die Heldt-Regierung steht auf dem Standpunkt, dass der Sächsische Landtag nicht aufzulösen sei.

Jürgens Kammergerichtsrat in Berlin

Der Hohenholzernkapitän bleibt

Berlin, 21. Dezember. (Eigene Drahtmeldung)

Das Reichswehrministerium teilt mit, dass das Vorhaben des Kommandanten Kapitäns Kolbe vom Kreuzer Berlin anlässlich des Veluws des Exprinzen Heinrich nicht zu beanstanden sei, das Kapitän Kolbe gegen die Bestimmungen nicht verstößen habe, nur der zuständige Marinesteuer soll einen Rückschluss erhalten. Im gleichen Moment teilt die Hauptverwaltung der preußischen Kriegsministerium die Beförderung des berüchtigten Landgerichtsdirektors Jürgens zum Kammergerichtsrat in Berlin am 1. Januar mit.

Diese beiden Tatsachen kennzeichnen den Geist der Hindenburg-Republik. Der Kapitän, der auf einem Kreuzer einen Hohenholzernprinzen spazieren führt, der diesem Prinzen alle militärischen Ehren durch die republikanische Marine bezeugen lässt, bleibt.

Der Landgerichtsdirektor Jürgens, dessen besondere Verdienste in der Verfolgung von Kommunisten bestehen, gegen den ein Jahr lang eine Unterhaching wegen betrügerischer Machenschaften geführt wurde, wird befördert. Die sozialdemokratischen Arbeiter im Reichsbanner haben wirklich allen Grund, diese Reaktion zu vertheidigen.

Die Fortsetzung des Kapitäns Kolbe wird damit bestätigt, dass diejenigen von dritter Seite vorgestellt werden, die dem früheren Großadmiral Prinzen Heinrich die neuen Einrichtungen des Kreuzers zu zeigen. Kolbe habe bei seiner vorgelegten Behörde angefragt, und da diefeine Einwendungen erhob, die Bekämpfung mit anschließendem Essen in der Kommandantensuite arrangiert. An die Mannschaften habe der Prinz nur „im Vorbeigehen“, beim Verlassen des Kreuzers, einige Worte gerichtet.

Das Urteil im Weltbühne-Prozess

3 Monate Gefängnis — Das Gericht geht über den Antrag des Staatsanwalts hinaus

Im Prozess des Reichswehrministeriums gegen die Weltbühne wurde der Verfasser des Artikels „Protest für Schulz“ wegen Bekämpfung der Reichswehrschüler und übler Nachrede zu zwei Monaten und der verantwortliche Redakteur der Weltbühne zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur Geldstrafen beantragt.

Keine Weihnachtsbeihilfe für Eisenbahner

Berlin, 21. Dezember. (Eigene Drahtmeldung)

Wie wir bereits gestern berichteten, sind die Octoloszulagen für die Danewerks, Reichspost und Reichsbahnarbeiter hundertwiegig niedrig ausgeschallen. Nach dem Vorwärts haben sich die Organisationsvertreter deshalb bemüht, wenigstens eine Weihnachtsbeihilfe für die Danewerksbeamten herauszugeben. Dies ist aber auch gescheitert. Nachdem der Vertreter der Danewerks, Generaldirektor Wehrhau, provokatorisch erklärte, dass die Reichspost und das Reich auch keine Weihnachtsbeihilfe geben würden und deshalb auch die Generaldirektion dies abstellen müsse, traten die Gewerkschaftsführer mit einer lahmenden Erklärung los und den Rückzug an.

Das neue Zentral-Komitee der KPdSU

Genosse Stalin wird zum Generalsekretär gewählt

Moskau, 20. Dezember. Nach Schluss des Parteitages fand eine Plenarsitzung des neuen Zentral-Komitees statt.

Es wurde das Polit-Bureau gewählt, das aus folgenden Mitgliedern besteht: Bucharin, Tschischkin, Kalinin, Kujbyshev, Molotow, Katsen, Kudrjaw, Stalin und Tomski. Kandidaten: Petrowitsch, Uglanow, Andrejew, Kirow, Mitojan, Kaganowitsch, Tschubar, Koffler.

Zum Generalsekretär wurde Genosse Molotow, Uglanow, Koffler und Kujbyshev gewählt. In das Organisationsbüro wurden gewählt die Genossen: Stalin, Molotow, Uglanow, Koffler, Kujbyshev, Mostow, Smirnow, Kudrjawitsch, Guschow gewählt.

Zum verantwortlichen Redakteur der „Pravda“ wurde Genosse Bucharin gewählt.

Folgen des Frostes für unteren Zeitungsbericht

Infolge des Schneefalles und des starken Frostes verlor die Eisenbahn nur mit schwerer Verzögerung. Die meisten Züge sahnen eine bis einschließlich Stunden später. Die Heizleitungen zur Elektrolokomotive funktionieren wegen der Kälte nicht. Wir erscheinen deswegen auch heute leider wieder verzögert. — Gestern konnten in Dresden einer Anzahl Dresen die Zeitungen nicht zugestellt werden, weil wegen Verzögerungen der Gasleitungen und des durch entstandenen Rauchgangs der Treppenbelichtung die Häusern viel zu verdunkeln waren.

Wir ersuchen, diese Verzögerungen zu entschuldigen.

Der Verlag

Die reaktionäre Beamtenbefördlung angenommen!

Herrliche Angriffe der Opposition / Die Koalitionsparteien schweigen / Zämmischer Umfall der „Demokraten“
Die Mischung der Sozialdemokratie am Pranger

57. Landtagssitzung

Dresden, den 20. Dezember 1927.

Vor dichtbesetzter Tribüne beginnt mit fast dreiviertelstündiger Verhandlung die heutige Sitzung, auf deren Tagesordnung die Schlussberatung der

Beamtenbefördungsreform

steht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Wirtschaftsparteier Kunath eine lange Erklärung gegen Ausführungen eines deutschnationalen Abgeordneten in einer der letzten Sitzungen ab, die infolge der im Hause herrschenden Unruhe völlig unverständlich bleibt. Dr. Ewald spricht hierauf im „Namen des Landtages“ den Dank für ihre Temporalität aus. Hierauf erstattet der offizielle Berichterstatter des Ausschusses, der Volkspartei Dr. Gessert, den Bericht über die Ausführungen und verteidigt dabei die Vorschläge nach den Vorschlägen der Mehrheit, die alle kommunistischen und den größten Teil der sozialdemokratischen Anträge ablehnt hat. Im Anschluß an seinen Bericht gibt Wedel (Soz.) als Mitberichterstatter den Standpunkt und die Anträge der Minderheit der Kommunisten und Sozialdemokraten bekannt. Er nennt die nunmehr fertiggestellte Vorlage unsocial, nicht durchgearbeitet und ungerecht.

Im Zusammenhang mit dem Beamtenbefördungsgesetz werden die dazu gehörigen Anträge, das Beamtenruhegehaltsgegesetz und der entsprechende Etatnachtrag, beraten.

Die Koalition ist wieder gesplittert!

Der Wirtschaftsparteier Einerlein gibt für die Koalition eine Erklärung ab, in der betont wird, daß „nicht alle Wünsche erfüllt werden könnten“, und aus der ersichtlich ist, daß die Koalition in ihren eigenen Reihen mit großem Widerstand zu kämpfen hat und daß die politische Einheit des sächsischen Bürgerblocks nur durch die Furcht vor der werkstätigen Wohlwirtschaft erhalten bleibt. Auch der opponierende Demokrat Claus ist still.

Der Sozialdemokrat Hartmann wendet sich in einstündiger Rede gegen den unfreien Charakter der Befördungsreform in Sachsen, geht natürlich mit seinem Wort auf die Haltung der Sozialdemokratie in Preußen ein, die dort seine andere Stellung zu den Fragen einnimmt als hier die Antifaschisten.

Für die kommunistische Fraktion liegt in ausführlicher Form

Genosse Nöhlner

die Gründe der ablehnenden Stellung der Kommunisten zur alten Vorlage und auch zu der von der Auschussherrschaft ausgearbeiteten neuen Form dar, die im Kern der reaktionären Beamtenbefördlung im Reich und in Preußen wie ein Ei dem anderen gleicht, und die dadurch charakterisiert wird, daß keiner der kommunistischen Abänderungsanträge, die im Interesse der unteren und mittleren Beamten lagen, in die Vorlage aufgenommen worden ist. Die enorme Verbesserung für die höheren Beamten steht in direktem Gegensatz zu den geringfügigen Verbesserungen für die unteren und mittleren Beamten, die ohnehin nur unter dem Druck der Opposition im Ausschuß durch die Mehrheit vorgenommen wurden. Wie Kommunisten fordern, soll diese „Reform“ abgelehnt wird und die Regierung beschreibt wird, baldigt eine neue Vorlage auszuarbeiten, in der die Gehaltsgruppen auf höchstens 5 reduziert sind und die Gehälter bis Höhe der nach der Regierungsvorlage angegebenen Gruppe 6 nicht übersteigen, jedoch nicht unter das Gehalt der Gruppe 17 festgesetzt werden. Weiterhin forderten wir Streichung der korrumptierenden Stellschlüsse. Soweit davon geschlossen wurde, berücksichtigt diese in entsprechend höhere Gruppen eingestuft werden. Von dieser Regelung sollen jedoch die Gruppen 1–7 ausgeschlossen werden. Außerdem sollen bei den Befördungsgruppen 8 bis 19 die Ansangsgehälter mit den nach der Regierungsvorlage für das 3. und 4. Dienstjahr festgelegten Gehältern begonnen werden. Ebenso soll die Regierung die Befördungsordnung dahingehend ändern, daß das Endgehalt in allen Befördungsgruppen in der Höchstzahl von zehn Dienstjahren erreicht wird. Alle diese Verbesserungsanträge hat die Mehrheit des Ausschusses abgelehnt, weil die Regierungskoalition nicht den notleidenden unteren, sondern den ihr entgegengesetzten höheren Beamten mit dieser „Reform“ helfen will. Die vorgenommenen „Verbesserungen“ sind unserer Meinung nach völlig ungenügend. Obgleich also die kommunistische Fraktion natürlich jede Verbesserung für die unteren und mittleren Beamten zu unterstützen bereit ist, lehnt sie die Vorlage wegen ihres im Grunde beamtenfeindlichen, unfreien und reaktionären Charakters ab. Zu der Kritik über das Zustandekommen dieser Beamtenbefördungsreform hat die kommunistische Fraktion im Sächsischen Landtag folgendes zu erklären:

Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion zur Ablehnung der Befördungsvorlage.

Die Befördungsvorlage der sächsischen Bürgerblockregierung ist ein ausgesprochenes Klassengesetz. Die Politik der Beamtenbefördlung, die in dem Befördungsgesetz zum Ausdruck kommt, ist die Fortführung der antisozialen und kapitalistisch-reaktionären Klassenpolitik der Bürgerblockregierung, wie sie bisher im Kampf gegen die Arbeiterschaft zum Ausdruck kam, gegenüber der unteren und mittleren Beamtenchaft.

Mit dieser Befördungsordnung fehlt die Bürgerblockregierung zum Laufbahnsystem der Kriegszeit zurück. Der Plattenbildung der Beamtenchaft in kleine und kleinste Gruppen, schlechtere Stellung der ledigen Beamten gegenüber den verheirateten in Bezug auf Wohnungsgeldzufluss, unzureichende Gehaltsverhältnisse für die Beamten der unteren Befördungsgruppen, auf der anderen Seite dagegen Riesengehälter für die obere Beamten- und Ministerialbureaucratie, das alles sind die Merkmale dieser neuen Befördungsordnung.

Alle kommunistischen Vorderungsanträge für die Beamten der unteren und mittleren Befördungsgruppen sind brutal und rücksichtslos abgelehnt worden.

So sind abgelehnt worden die kommunistischen Anträge:

1. auf Erhöhung der Gehälter für die Beamten der unteren und mittleren Befördungsgruppen,
2. auf Festsetzung eines Höchstgehaltszuges für die Beamten nach dem Endgehalt der Befördungsgruppen 6 und 7,
3. auf Schaffung einjähriger Aufstiegsleistungen,
4. auf Zahlung eines gleichmäßigen Wohnungsgeldzuschusses an ledige und verheiratete Beamte,
5. auf Beseitigung der Spannungen zwischen oberen und unteren Gruppen und innerhalb der Gruppen.

Ebenso wurden abgelehnt alle anderen kommunistischen Anträge, die lebenswichtige Forderungen der unteren und mittleren Beamten enthalten.

Die kommunistische Landtagsfraktion lehnt deshalb die Be-

dieser Ablehnung einig mit der überaus großen Mehrzahl der Beamten der unteren und mittleren Befördungsgruppen, die sich auch für ein paar Bettelgehälter an Gehaltsverhältnissen nicht einverstanden erklären lassen wollen.

Die Beamtenchaft muß auch ihrerseits aus dem Kampf um die Beamtenbefördungsvorlage die politischen Lebzeiten ziehen. Der bisherige Ausgang dieses Kampfes hat gezeigt, daß die unteren und mittleren Beamtenchaft nichts zu erwarten hat von den kapitalistischen Regierungen und ihren höheren Bureaucratien. Die bürgerlichen Parteien haben trotz ihrer gehuchten Beamtenfreundlichkeit alles getan, um die untere Beamtenchaft ihrem bisherigen Glanz und ihrer Machtverschwendung zu überlassen. Dafür haben diese Parteien klarstellend die hohen Gehälter der oberen Gruppen verteidigt. Die sächsische Bürgerblockregierung läuft sich bei ihrer Befördungsordnung auf die Regelung im Reiche wie in Preußen und lebt jede Höherstellung der unteren und mittleren Beamtenbefördlung ab. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag und im Preußischen Landtag dieser Beamtenbefördlung ihre Zustimmung gegeben. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, wie die Koalitionspartei mit den bestehenden Klasse sich politisch gegen die breite Masse der Beamtenchaft ausspielt.

Die Kommunistische Partei erklärt bei der Verabschiedung dieses wichtigen Gesetzes, das auf Jahre hinaus die Lebensbedingungen der breiten Schichten der unteren und mittleren Beamten verschärft, daß die Beamtenchaft ihre Lage nur bessern kann, wenn sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse kämpft. (Lebhafte Beifall b. d. Kommunisten.) Nach den Ausführungen des Genossen Nöhlner ergreift der Sozialdemokrat Geiser das Wort, der im äußerst temperamentvollen Ausführungen die Minderheitsanträge für die technischen Beamten verteidigt, die Abstimmung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge als einen Beweis für die Beamtenfreundlichkeit der Koalitions-Reform bezeichnet, nach scharfer Polemik schließlich aber — den nächsten Wahlkampf als Rettungsmittel ankündigt.

Diese Ausführungen benutzt Böhme, der durch diese Vorlage einen recht ansehnlichen Zuspruch erhält, um den Sozialdemokraten gegenüber auf die Haltung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion im Reiche und in Preußen hinzuweisen, die die dort vorgenommene ebenso reaktionäre Regelung der Beamtenbefördlung genehmigt hat. Den Sozialdemokraten ist es natürlich sehr unangenehm an die Zwiespältigkeit ihrer Politik erinnert zu werden. Sie können jedoch leistungswise über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Böhme sich mit vollem Recht von seinem Standpunkt aus auf die Politik der Sozialdemokraten im Reiche und in Preußen beruft.

Genosse Siegel

unterzieht als einziges Mitglied des Beförderausschusses, das nicht bestellt ist, die Tätigkeit dieses Ausschusses einer vernichtenden Kritik. Er kennzeichnet die „Arbeit“ im Ausschuß als unverantwortliche Durchpeitschung, die mit sich gebracht hat, daß eine ernsthafte und gründliche Prüfung der berechtigten Wünsche der notleidenden Beamtenchaft einfach unmöglich gemacht wurde. Die ganze Geschichte wurde im Ausschuß vom Ministerialdirektor Schulze geschoben, der den Koalitions-Parteien die Anweisungen erteilte. Anderseits ist bezeichnend,

dass die Koalition sich bei ihrer „Reform“ stützte auf die Reichsbeauftragungsordnung, der die Sozialdemokratie zugestimmt hat.

Damit wird das händige Hinweisen auf die Neuwahlen und die Ablehnung der sächsischen „Reform“ durch die Sozialdemokraten als gefährliches Manöver enthüllt.

Man muß im Gegensatz hierzu den Beamten klar machen, daß so wie die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter auch die Beamtenbefördlung nicht eine Frage der Parlamente, sondern eine Frage der außerparlamentarischen politischen Machtkämpfe ist.

Wir Kommunisten werden unser Bestes dafür hervorbringen, um diese Kämpfe zu führen bis zum Siege der Unterdrückten über Bürgerblock und alles, was hinter ihm steht, bis zum Siege aller Angeborenen über ihre Bedürfnisse!

(Lebhafte Beifall b. d. Kommunisten.) Nachdem noch der Demokrat Dr. Seydel die politische Kapitulation seiner Fraktion in der Frage der Beamtenbefördlung zu bestimmt verfügt hat, wird in die Abstimmung eingetreten. Die Ministranten erhöhen werden in aamentlicher Abstimmung mit 48 Stimmen des Regierungsblokkes einschließlich der Stimmen der Minister gegen 41 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bewilligt. Zur weiteren Abstimmung erklärt Genosse Böttcher, daß die Kommunisten, obgleich sie den unter dem Druck der Opposition vorgenommenen Verbesserungen für die unteren Gruppen zustimmen würden, bei einer En-bloc-Abstimmung gegen die Mehrheitsanträge in ihrer Gemeinschaft stimmen mügten.

Die Mehrheitsanträge werden hierauf gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge werden durch den Regierungsblok abgelehnt. Die beiden Nationalsozialisten stimmen mit dem Bürgerblock.

Der gesamte Gegenentwurf wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten mit den Stimmen aller übrigen Parteien in der Schlussabstimmung angenommen.

Die Vorlage über das Beamtenruhegehaltsgegesetz wird nach Ablehnung aller Minderheitsanträge gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Der Nachtrag zum Etat wird nach Ablehnung der Minderheitsanträge von der Mehrheit gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten bewilligt.

Zum Schluß wird der sozialdemokratische Antrag, der die Auszahlung eines Wochenlohnes an die Gemeinde- und Staatsarbeiter noch vor Weihnachten fordert, durch eine Regierungserklärung, die Erfüllung verspricht, erledigt.

Ein Antrag auf Zahlung des Stundenlohnzuschlages für die Vorarbeiter wird wegen Verhandlungen der Gewerkschaften mit den zuständigen Stellen zurückgezogen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Unter Segenswünschen zum Jahreswechsel und ironischen Jurassen der Kommunisten verlädt sich das „hohe Haus“ bis zum 17. Januar 1928.

Parker Gilberts Borstop

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat in seinem vor einigen Tagen abgefaßten Bericht das, was er in seiner Diskussion mit Köhler anlinigen ließ, in klarerer und deutlicherer Weise ausgesprochen; die Linie, auf der sich das amerikanische Finanzkapital den Dawesplan zur Bearbeitung seiner Vorherrschaft in Europa auswerten will. Leukterlich heißt der Bericht — und soll die gesamte bürgerliche Presse zeigen sich davon auch bestreitet — gegenüber der Schärfe der früheren Ausänderungen ein Entgegenkommen dar; die Bemühungen der deutschen Regierung, „Ordnung“ in ihre Finanzen zu bringen und die Durchführung der Reparationszahlungen zu ermöglichen, werden an mehreren Stellen mit Genugtuung erkannt; dieses Lob aus allerhöchstem Munde soll die Belohnung dafür sein, daß die Regierung bei ihrem Kompromiß mit Schacht, dem ausgesprochenen Vertrauensmann des amerikanischen Finanzkapitals, den letzteren in allen wesentlichen Fragen nachgab.

Aber nach vielen schönen Fragen kommt der Kern der Sache: der gute Wille sei schon da — aber das endgültige Urteil hängt von den praktischen Erfolgen ab, die Deutschland bei der Eindämmung der Tendenzen zum Übermächtigen Ausgeben und Leihen habe. Und da ist Parker Gilbert offenbar skeptisch — oder um es anders zu sagen: er verfolgt ganz offen die Tendenz, eine Revision des Dawesplanes im Sinne der Befestigung des Transferhauses herbeizuführen. Die Reichsregierung hat in ihrer Antwort auf Parker Gilberts leichten Schreiben mehrmals von den notwendigen „Erprobung des Dawesplanes“ gesprochen — sie hat das im Sinne einer Forderung nach Revision des Planes, natürlich zu Deutschlands Gunsten im Sinne einer Begrenzung der Reparationszahlungen. Nur nimmt Parker Gilbert selbst die Sache auf; bitte über eine endgültige Festlegung eines Reparationshauses läßt sich reden — oder unter einer Bedingung: der Transferhaushalt wird völlig aufgehoben und ihr müßt den festgelegten Betrag Jahr für Jahr nicht nur aufbringen, sondern auch ins Ausland überweisen (statt daß er, wie bisher, infolge der Transferbestimmungen haftlich zum größten Teile im Lande bleibt).

Parker Gilbert legt am Schluß seines Berichtes:

„Es wird immer deutlicher, daß weder das Reparationsproblem, noch die übrigen damit im Zusammenhang stehenden Fragen endgültig gelöst werden können, bevor Deutschland einen definitiven Auftrag erhalten hat, ohne ausländische Überwachung und ohne Transferschutz auf eigene Verantwortung zu handeln.“

Das heißt, wenn ihr deutschen Kapitalisten, nachdem sich das bisherige System als unzulänglich erwiesen hat, nicht formell unter Auslandkontrolle gestellt werden wollt, so müßt ihr euch entscheiden, „die Folgen eurer Handlungen auf euch zu nehmen“. Das heißt, den Ausbau eures Produktionsapparates, die Förderung eures Exportes durch Kapitalexport, den Ausbau eures Staatsapparates, die Konzessionen, die ihr an kleinbürgerliche Sichten macht. Um sie zu euren getreuen Schildknappen zu machen — lasst alle Voraussetzungen eures imperialistischen Aufstiegs in solchen Grenzen zu halten, daß eure Zahlungsbilanz noch genügend aktiv bleibt, um große Reparationszahlungen transferieren zu können. Und da ihr aus eigner Kraft in den nächsten Jahren kaum imstande sein werdet, eine derart aktive Zahlungsbilanz zu erzielen, so werdet ihr euch eben nach den Wünschen einer zielten müssen, die auch durch Kreise zu einer aktiven Zahlungsbilanz verhelfen können — nämlich nach denen des amerikanischen Finanzkapitals. Wenn ihr keine offene Finanzkontrolle wollt, so unterwerft euch den

Nimmt man also den Kern der Sache, so ist Parker Gilberts Bericht alles andere als „entgegenkommen“. Er fordert eine konkrete Koncession Deutschlands: den Verzicht auf den Transferschutz. Und er bietet dafür ein nebulöses Gebilde, die endgültige Festlegung der Reparationschuld. Denn ob die „Erfüllung“ dieser lokalen deutschen Forderung ein Vorteil oder Nachteil für Deutschland sein wird, hängt natürlich wesentlich davon ab, wie hoch der festgesetzte Schuldbetrag und die Jahreszahlungen sein werden — und über diesen, wichtigsten Punkt, schwiegt sich Gilbert aus. Es ist klar, daß um diesen Punkt der entscheidende Kampf gehen wird.

Zugleich aber hat Gilbert auch schon das Schlagwort gesiegt, mit dem die deutsche Bourgeoisie, wenn die äußere Regelung der Zahlungsfrage erfolgt sein wird, den Kampf um die Kostenverteilung durchsetzen, die erfolgte Lösung den breiten Volksmassen schädlich zu machen versucht wird: „Es geht um unsere nationale Unabhängigkeit“. Zahlt Reparationen, damit wir von Auslandskontrolle verhindert bleiben! Arbeitet um einen Schuhlohn 10 und 12 Stunden, damit „wir“ auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, eine aktive Zahlungsbilanz erhalten und „unsere“ Schulden rasch abtragen können — dann wird alles gut werden! Das wird die Parole sein, mit der die deutsche Bourgeoisie, sobald erst die Schuldentlastung erfolgt, zum Angriff auf das Proletariat an der ganzen Front schreiten wird — und der gegenüber dem Sozialpatriotismus die Entscheidung nicht schwer fällt wird. Und so bildet die Regelung der Reparationsfrage, die durch Parker Gilberts Bericht aufgeworfen ist, den Auftakt zu einer schweren Aufzwingung der Klassengegensätze im nationalen und — da sie dann jeder Zahlungsvorzug sofort außenpolitisch auswirken wird — auch im internationalen Maßstab.

34 Grad Fahrenheit in Schottland

III. London. Das vergangene Wochenende war das kälteste, was man in Großbritannien in den letzten sieben Jahren erlebt hat. Während des ganzen gestrigen Tages blieb die Temperatur beträchtlich unter dem Gefrierpunkt. In Balmoral in Schottland, wurden 34 Grad Frost (Fahrenheit) registriert.

Große Verkehrsstörungen in Österreich wegen Schnee

II. Wien. Die Schneefälle, die während der letzten Tage fast ganz Mitteleuropa beimessen, haben auch in Österreich große Verkehrsstörungen verursacht. Besonders die Eisenbahnen haben mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die in Wien eintreffenden Züge weisen Verspätungen bis zu sechs Stunden auf. Auch die Stadtbahnlinien treffen mit großen Verzögerungen ein. Am schwersten haben die von Osten nach Westen gehenden Fernzüge mit dem Unwetter zu kämpfen.

Große Kälte auch in Italien

II. Rom. Die von Nordost-Europa kommende Kältewelle ist bis nach Nord-Italien vorgedrungen. Aus Ober-Italien wird Schneefall und grobe Kälte gemeldet. Sogar in Rom lag am Sonntag Schnee.

Schnee an der Riviera

II. Paris. Obwohl die Kälte in Mittel Frankreich etwas nachgelassen hat, verzeichnete man in Paris heute morgen noch 0 Grad unter Null. In den Vogesen hält die Kälte an. Aus Westen werden 16 Grad gemeldet. Südfrankreich steht mit

Dormüller eingefroren!

„Wann fährt der nächste Zug?“ — „Fragen Sie die Direktion, wir wissen das selbst nicht!“

Unerhörte Zustände auf dem Dresdner Hauptbahnhof

Die Dormüller bei der Eisenbahn-AG wird immer unerträglicher. Das System ist bankrott. Die unerhörte Profitschinderei wählt sich zu einer akuten Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus — besonders in Dresden, wo der Schaffermärsch unter der Heraus des Direktors Kluge zur höchsten Blüte gelangt. Kaum ist es gelungen, die vollständige Lähmung des Verkehrs durch den Abbruch des Streites der vor Hunger rebellierenden Werkstätten- und Betriebsarbeiter zu verhindern, so erbringt die Direktion Dresden einen neuen Beweis ihrer offensichtlichen Unfähigkeit.

Ein paar Grad Kälte haben gestern den Fahrplan in Dresden vollkommen außer Ausrutscher gelegt; der Dormüllerbetrieb war buchstäblich eingefroren.

Schon seit langer Zeit sind die Zugverspätungen, Abschätzungen zum Normalzustand geworden, besonders im Vorortverkehr. Der etwas stärkere Verkehr vor den Feiertagen und die eintretende Kälte haben gestern dazu geführt, daß der Betrieb auf dem Dresdner Hauptbahnhof vollkommen durcheinandergebracht wurde.

In den Nachmittagsstunden waren Zugverspätungen von 1½ bis 2 Stunden die Regel.

Von einem geregelten und planmäßigen Betrieb im Vorortverkehr war überhaupt keine Rede mehr. Auch die Fernzüge erlitten ganz ungewöhnliche Verspätungen bei ihrer Abfahrtzeit. So konnte beispielsweise der Zug 1014, der Dresden 15.20 Uhr in der Richtung Chemnitz-Reichenbach verlassen soll, erst 16.52 Uhr, also über 1½ Stunden später, abgeflossen werden. In der Zwischenzeit aber waren bereits in der Richtung Tharandt 4 Vorortzüge übersägt, so daß der Reichenbacher Zug die Fahrgäste des Vorortverkehrs mitnehmen mußte, selbstverständlich nur einen Teil — der größere Teil mußte bei der Kälte auf dem Perron warten, bis der nächste Zug ging. Auf die Fragen der Fahrgäste, wann denn nun eigentlich mit der Abfahrt des nächsten Vorortzuges zu rechnen sei, wurde von dem dienststehenden Assistenten zur Antwort gegeben: „Das wissen wir selbst nicht — fragen Sie mal bei der Direktion an.“ Inzwischen wurde die Menschenmenge vor der Sperrre immer größer, die Stimmung der auf die Vorortzüge wartenden Arbeiter immer erregter. Von den verantwortlichen Herrschäften des Bahnhofsvorstandes war niemand zu finden.

„Wenn klappt, treten je einander die Beine weg“ — bemerkte ein Schaffner — „und wenn der Bruch da ist, kriegt mir keiner zu leh'n“ fügte ein anderer hinzu.

Zwischen den beiden warteten auf den Vorortbahnhöfen Hunderte und Tausende von Männern und Frauen, denen die erbärmlichen Löhne nicht gestattet, außer ihrer „Wochentarte Bierter“ noch 20 oder 40 Pf. für eine Straßenbahnsfahrt auszugeben, auf den nächsten Zug, in dünnen Kleidern, mit schlechtem Schuhwerk, vor Kälte blau gefroren, ziehen die Proleten und trampeln sich die Füße warm.

Ich warte vergeblich eine Stunde — frage hier und dort einen der hastig hin- und herrenden Arbeiter, um die Ursachen der Verspätungen zu erfahren. „Eingeschlossen“, lautet die lakonische Antwort, und ehe ich die zweite Frage stellen, ist der gehetzte Dormüllerprotektor über den Bahnhöfen geprungen. Endlich erwische ich einen „Beamten mit Samtfrauen“. Ich frage wieder: „S ist ja alles eingefroren. Es fehlt an Leuten — wir kriegen keine Wagen rein.“ „Also fehlt's an Personal“, bemerkte ich dazwischen. „Natürlich! Weiter nichts!“ — so wird mir zur Antwort gegeben. Und als ich dann gar einen „Rohbemüthen“ um Auskunft bitte, erhalte ich den vorsichtigen, aber alles sagenden Bescheid: „Was die Ursachen sind, kann und darf ich Ihnen nicht sagen, aber Sie sehen es ja, wie bekommen weder Wagen noch Lokomotiven; draußen (Rangierbahnhof) müssen die Wagen losgekettet werden. Wer soll's denn machen.“

Nun habe ich die Bestätigung von berusener Seite, und während ich warte, erzählt mir ein anderer Beamter die unerhörten Zustände in bezug auf die Dauer der Dienstzeit des Fahrdienstes: „Es ist doch kein Wunder, 16, 18, 20, ja sogar 28 Stunden Dienst hintereinander. Und dann die hämmerliche Bezahlung. Wer hat denn dann ein Interesse am Dienst.“ So spricht zu mir ein älterer Beamter und erzählt mir, daß einem seiner Kollegen, der nach 28 Stunden den Dienst verweigerte, Entlassung wegen Dienstverweigerung angedroht wurde.

Das ist Dormüller in Reinkultur — ein Skandal, der zum Himmel schreit.

Zwischen sind zwei Stunden vergangen. Endlich ist wieder ein Zug zulammengestellt. Im Nu ist er überfüllt, den Zurückbleibenden wird vom „Rohbemüthen“ die Straßenbahn nach dem Vorort empfohlen. Die Beamten sprühen. Einer der Arbeiter, die Licht in Wagen anzünden, antwortet auf einige an seine Adresse gerichtete deplacierte Bemerkungen der Fahrgäste: „Wenn eure Arbeitszeit zum ist, habt ihr heim — ihr fragt mich danach, wie lange wir schaffen“ — Und die Arbeiter antworten: „Haut doch die Brocken hin! Laßt's euch doch nicht gefallen!“

Wann endlich werden die Eisenbahner, Arbeiter wie Beamte, es wagen, gemeinsam, in einer Front ihrem Elend und damit diesem Skandal ein Ende zu machen? Die Arbeitermassen und die breite Oberschicht werden zu ihnen stehen. S.

Skandal bei der Eisenbahn

Bis zu 4 Stunden Verspätung! — Katastrophaler Personalmangel

Nach den bei uns heute morgen in großer Zahl eingelaufenen Meldungen ist der Fahrplan fast vollständig außer Ausrutscher gelegt. Abschafft und Ankunft der Züge kann überhaupt nicht mehr vorausgesagt werden. Stundenlang liegen die Züge vor dem Hauptbahnhof völlig ungeholt und können nicht einfahren. In diesen eisigen Wagen werden die Proleten gezwungen, 2, 3, ja sogar 4 Stunden zu zubringen! Der Direktion der Eisenbahn-AG ist es durch den sich jetzt geradezu toll ausweisenden Personalmangel nicht möglich, Lokomotiven in genügender Anzahl herauszubringen, da in den Werkstätten alles vereist ist. Eine ungemeine Empörung hat die die Bahn benutzenden Arbeiter und die Eisenbahner erfaßt. Einmütig nehmen alle gegen das Dormüller-System in schärfster Form Stellung. Die Zustände bei der Eisenbahn-AG sind ein ungeheuerer Skandal!

Gegen die Nachlässigkeit der Reichsbahndirektion

Der Verkehrsverein der Dresdner Vorortgemeinden schreibt uns: „Die Zugverspätungen auf der Vorortlinie Dresden-Arnstadt werden immer mehr zu einem öffentlichen Übelstand, des-

sonders für die zahlreichen Kreise der werktätigen Bevölkerung, die auf die Früh- und Abendsäge angewiesen sind, um zu ihrer Arbeitsstätte oder nach Hause zu kommen. Noch haben wir uns untere erneut beschwert, die vor einigen Wochen an die Reichsbahndirektion Dresden eingegangen wurde, nicht einmal eine Antwort oder eine Mitteilung des Grundes der beständigen Verzögerung erhalten und schon gehen die Klagen über die Verzögerungen weiter. So zog am 15. d. M. der Vororttag Dresden-Arnstadt PZ 717, der leider Fernverkehr aufzunehmen hat, eine Verzögerung von einer halben Stunde, so daß man glücklich gegen 12 Uhr abends auf dem Bahnhof Radeberg ankam. Es scheint uns nun mehr notwendig, der Reichsbahndirektion mit vollständigem Material gegenüberzutreten. Wir bitten deshalb alle Leser dieses Blattes, die über solche Verzögerungen klagen haben, genaue Mitteilungen darüber an unsere Geschäftsstelle Radeberg, Rathaus, 2. Stock, baldigst einzufügen. Erforderlich ist dann, genaue Angabe der fahrplanmäßigen Lage des Juges oder Angabe der Jugnummer, sowie der beobachteten Verzögerung mit Angabe der Station, wodurch man sich möglichst sofort Aufzeichnungen machen möge; endlich genaue Unterschrift mit Wohnungsangabe. Diese persönlichen Angaben werden nicht weiterverwendet.“

19 Grad Kälte in Dresden

Die so plötzlich auftretende Kältewelle hat überall Folgen von größter Nachwirkung mit sich gebracht. In den letzten beiden Nächten waren in Dresden 19 Grad Celsius zu verzeichnen. Die ganze Stadt war mit Rauchwolken überzogen. Verkehrsstillstände traten sowohl bei der Straßenbahn als auch mit der Eisenbahn in außerordentlich großem Umfang ein. So trafen zum Beispiel fast alle Jüge sowohl im Vorort- als auch im Fernverkehr mit einer Verspätung von 40 Minuten bis zu 3 Stunden ein! Die Zustände bei der Eisenbahn-AG zeigen sich hier geradezu katastrophal. Fast alle Jüge fahren ohne Heizung. Bei dem jährenden Publikum herrscht große Empörung über diese durch den wahnwitzigen Beamtenabbau eingetretene Missstände. — Der Eingang der Elbe ist bei der Malzfabrik Schöne zum Stehen gekommen.

Elsner Amtshauptmann von Dresden?

Der Dank der sächsischen Industriellen

Wie wir erfahren, soll an Stelle des zum Präsidenten des Landesarbeitsamts Sachsen ernannten Amtshauptmann Dr. Schulze der Arbeitsminister und Alt-„sozialist“ Elsner zum Amtshauptmann von Dresden ernannt werden. Zwar erklärt die Regierung, hierzu noch nicht Stellung genommen zu haben. Die Richtigkeit der Meldung ist jedoch kaum zu bezweifeln.

Die sächsischen Industriellen wissen ja auch, daß der Mann, dem sie diesen Posten anvertrauen, in ihrem Sinne ein „Würdiger“ und „Gähiger“ ist, wenigstens was politische Prinzipienlosigkeit und Unternehmertreue betrifft. Die Dresden Arbeitschaft weiß dieses Avancement eines Renegaten richtig einzuschätzen.

17,85 Millionen Mark

Gesamtumsatz erzielte der Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend, e. G. m. b. H., in den letzten 5 Monaten, davon im Monat November allein 3.851.508 Mark; gegenüber dem November 1914 war das eine Steigerung von 82,5 vom Hundert. Die 3 Großbäckereien der Genossenschaft waren daran mit 500.000 Mark beteiligt. Neue Verteilungsstellen wurden eröffnet in Dresden-Gruna, Heidestraße, und in Mohorn bei Wilsdruff. Beigetragen sind im November 600 Mitglieder. Der Monat Dezember wird wahrscheinlich einen Gesamtumsatz von 6 Millionen Mark bringen, so daß sich der Halbjahresumsatz auf 21 Millionen Mark belaufen wird. Die Sparkassenabteilung verzeichnete einen Reinzugang von 105.780 Mark. Diese Zahlen zeigen, daß auch im Berichtsjahr, das zugleich ein Jubiläumsjahr ist, denn im Jahre 1928 feiert der Konsumverein Vorwärts sein vierzigjähriges Bestehen, der Aufschwung, der in den letzten Jahren zu verzeichnen war, noch unvermindert anhält.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltete am 16. Dezember im Volkssaal, Trabantengasse, einen Lichtbildvortrag „Winter und Weihnachten in deutschen Ländern“. Zur Ausgestaltung des Abends waren Hel. Hansi Städler,

welche einige Szenen auf der Konzertbühne und Bilder zur Laune hat, und für Beleuchtungen waren Ans gewonnen worden. Mit bürgerlichen Vorlagen aus der Niedermeyerschen beglückten beide das sehr zahlreich erschienene Publikum. In schönen farbigen Bildern zeigte man den Besuchern die Herbstszenen des Winterwaldes im Lichtbildvortrag. Ein Märchen für kleine Kinder „Der Dorfdorf Apfelbaum“ wurde in diesen Vortrag mit verlochten, was als verschleiht zu bezeichnen ist. Die Organisator schenken ihre Mitglieder und deren Angehörige für sehr merkwürdig ein. Besonders interessant wurde der Film über die technischen Neuerungen des Städters. Trotzdem die Naturfreunde eine rein proletarische Organisation sind, zeigte dies Berichtigung von einer ausgeschlossenen Kleinbürgertum Ideologie, zumindestens der Zeitung. Für derartige Unterhaltungsabende wäre es in Zukunft angebracht, die Frage der Klassengenossenschaft auch beim Wandern als erzieherisches Moment einzuflechten, und nicht wie es hier der Fall war, sie zu vermeiden.

Mitteilungen der Konzertdirektion A. Ries. Die Weihnachtsveranstaltungen der Dresdner Philharmonie im Weihnachtsfeiertag sind folgende: 1. Weihnachtsleiter 19.30 Uhr; Weihnachtsfeiertag unter Leitung von Lorenz Werner. Aus dem Programm: Choral, Hänself und Gretel, Weihnachtspotpourri von Koelbel usw. 2. Weihnachtsfeiertag 19.30 Uhr: Gastspiel Johann Strauss, norm. Hofballmusikdirektor in Wien: „Ein Weihnachtsstrauss von Strauss“ 3. Weihnachtsfeiertag 19.30 Uhr: Gastspiel Johann Strauss: „Ein Walzerstrauss von Strauss“ — Don-Josafat-Chor. Der weltberühmte Don-Josafat-Chor unter Serge Jaroff. Letzter Beitrag fehlt zu Weihnachten nach Dresden zurück und gibt 4 Konzerte am 1. Weihnachtsfeiertag, am 2. Weihnachtsfeiertag, am Dienstag dem 27. und Mittwoch dem 28. Dezember 20 Uhr im Vereinshaus mit verschiedenen Programmen. — Karten für sämtliche Veranstaltungen bei A. Ries, Seite 21.

Stromunterbrechung. Gestern zwischen 10 und 10.30 Uhr traten, veranlaßt durch eine Störung im Parallelbetrieb der Großstromwerke, starke Spannungsschwankungen im Fremdstrom auf. Die Unregelmäßigkeiten wirkten sich im Betriebe der Straßenbahn und teilweise auch auf die allgemeine Stromversorgung aus.

Benachteiligung schwerkrigbeschädigter Beamten. Seit Jahren erfreben die schwerkrigbeschädigten Beamten eine günstigeren Gestaltung der Anrechnung zurückgelegter Dienstzeiten auf das Befolgsdienstalter. Die bekannte Magdeburger Rede des Herrn Reichsfinanzministers enthielt die positive Zusicherung, das Befolgsdienstalter der schwerkrigbeschädigten Beamten zu verbessern. Trotz dieser Aussage liegt der Entwurf des Befolgsdienstes eine gesetzliche Regelung vermessen. Anlässlich der Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte der Regierungsvertreter, diese Regelung den Ausführungsbestimmungen vorzehalten zu wollen. Der Ausschuß beschloß hierzu in erster Lesung eine Ergänzung folgenden Inhaltes: „Das Befolgsdienstalter der auf Grund des Beamtenheins angestellten schwerkrigbeschädigten Beamten ist angemessen zu verbessern. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen.“ Da eine solche Formulierung den Kern der Sache nicht trifft, hat der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigten dem Reichstag in einer dringlichen Eingabe vor der zweiten Lesung dargelegt, daß die Einschränkung auf die auf Grund des Beamtenheins angestellten Beamten eine außerordentliche Härte für die große Zahl schwerkrigbeschädigter Beamten bedeutet würde, die in den Jahren 1920 und 1921 ansäßlich des Behördenaufbaus als Beamte angestellt wurden und wegen der späteren Wirksamkeit der gesetzlichen Bestimmungen des Beamtenheins gar nicht erlangen konnten. Die betroffenen Kreise erwarten vom Reichstag, daß die Einschränkungen bei der Plenarberatung fallen gelassen werden.

Ausschreibung. Es sollen vergeben werden: 1. Malerarbeiten im Krankenhaus Friedrichstadt und im Städtischen Bieh- und Schlachthof; 2. Schlosserarbeiten (Drähtergitterung) in der Reithalle Markthalle; 3. Installationarbeiten (Wasserleitungarbeiten) im Krankenhaus Friedrichstadt; 4. Herstellung einer feuerlichen Leitstrecke, dort 5. Klinkerplattenbelag für die Altenheim in Trachau. — Preislistenordnungen werden, so weit der Markt reicht, im Hochbauamt, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 3. Stock, Zimmer 351, kostenlos, in der Zeit von 10 bis 14 Uhr an hiesige Bewerber abgegeben. Dasselbe liegt auch die Ordnung über die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt- und Schulgemeinde Dresden usw. vom 4. Dez. 1913 zur Einsicht aus. — Die ausgefüllten Preislisten sind unterschrieben, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Schlusstermine, Mittwoch den 28. Dezember, 11 Uhr, im Hochbauamt, Neues Rathaus, Ringstr. 19, 3. Stock, Zimmer 351, einzurichten.

Warnung vor Bücherreisenden

Es reist eine Anzahl Personen angeblich im Auftrage des Verbandes Volksgefühl mit Büchern, die gegen Abzahlung den Leuten aufgedreht werden und vielfach nicht den angebrachten Wert haben. Wir erklären, daß niemand beauftragt ist, für den Verband Volksgefühl Bücher zu vertreiben.

Der Vorstand des Verbandes Volksgefühl.

Die Folgen des Antreibersystems

In der letzten Zeit ist viel von Rationalisierung der Betriebe gesprochen und geschrieben worden, und jeder Arbeiter weiß, daß sie nur eine verstärkte Ausbeutung der Massen darstellt, ohne daß die Arbeiter dadurch in eine bessere finanzielle Lage kommen. Eine ganz rossinierte Methode aber hat man nun schon bereits seit zwei Jahren in dem Kabelnetz des Städtischen Elektrizitätswerkes unter den Monteur und Hilfsmonteuren eingeführt; ganz unausfallig spielt man den einen gegen den anderen aus, und es geht ein Hecktempo ein, das gerade jetzt in der Weihnachtszeit wieder einmal tolle Blüten treibt. Früher wurden an einer Kabelmutter 12 bis 14 Stunden gearbeitet. Dann kamen tüchtige qualifizierte Arbeiter, und man verstand es, mit Hilfe der Obermonteure die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabzudrücken, ohne daß den Kollegen irgendwie finanzielle Bestellung gewährt worden wäre. Die Auswirkung des Antreibersystems zeigt ein besonderer Fall, der sich höchst im Kasinohotel abgespielt hat. Es musste in der inneren Altstadt wegen der bedeutenden Erweiterung ihrer Lichtelektrolyse einer Firma ein größerer Transformator gekauft werden, und so wurde denn an einem Sonntag früh ein Monteur und ein Hilfsmonteur beauftragt, die Ausweitung dieses Transformators vorzunehmen. Interessant ist noch dabei, in was für gefährlichen, engen und dreckigen Kellerlöchern sich meistens diese Anlagen befinden. Auch in diesem Falle war es ein derartig verwahrloster Keller. Aber kaum war das Licht in den Schaukästen, wo alles das ausgestellt ist, was sich ein Proletarier kaufen kann, erloschen, als schon ein Lauen nach dem Keller losging. Da werden von dem Inhaber die Anstellersen geschickt, sofern selber gehen sie schon längst nicht in die Kabinen, um zu fragen, wie lange es dauert. Systematisch lebt das Antreibersystem ein. Die Folge davon war, daß der Kollege, ein alter, erfahrener Monteur, aus dem Gleichgewicht geworfen wurde und ihm in der Eile ein Fehler unterlief. Beim Einsetzen des Transformators aber gab es ein Drehen, Krachen, ein Aufleuchten von Blitzen, als wenn die Hölle losgefahren wäre. Dann Finsternis. Die Arbeiter lachten sich in dem finsternen Raum. Na, auch Feuerzeugen. Wo sie sich um ihre schwerverletzten Kollegen kümmern konnten, wurde das Feuer mit Sand abgelöscht und unter großer Vorsicht nach der Ursache umschau gehalten. Während

dessen lag der Kollege mit verbrannten Gesicht und verbrannten Händen im finsternen Keller und wartete auf seinen Abtransport ins Krankenhaus. Nun begann wieder ein neues Treiben, ein neues Jagen, denn die Konsumanten wollten Licht haben, viel Licht, um der Bourgeoisie all die schönen Sachen zeigen zu können, die die Herren Kapitalisten ihren Gattinnen und Kindern auf den Weihnachtsfesten legen können, während auf der anderen Seite eine fleiße, frische Frau verzweifelt auf die Heimkehr ihres Ernährers wartet. Es begann ein Schimpfen, ein Wettern auf die Betäuferinnen zu äußern ein stilles Bedauern, sie kennen diese Methoden ja selbst zur Genüge.

Ebenfalls zeigt ein anderer Fall die Folgen der Rationalisierung des Elektrizitätswerkes. In der Steinstraße wurde ein Kollege beauftragt, einen Transformatoren auszuwechseln. Auch hier beim Umschalten ein Krachen, Dröhnen und Blitzen. Hier lag es nicht an dem Monteur, sondern der Transformatoren war ohne Öl geliefert worden, was eine Explosion zur Folge hatte. Zum Glück kam hierbei niemand zu Schaden.

Arbeiter des Elektrizitätswerkes, wie lange soll das noch gehen?

Auch ein „Weihnachtsgeschäft“

Vorschüsse an sächsische Ruhegeldempfänger

Die Nachrichtenstelle des Staatslandes teilt mit: Den Wartegeld- und Ruhegehaltsbezügern sowie den Empfängern aus der sächsischen Staatsfamilie bezüglich und die für die Zeit ab 1. Oktober 1927 mit einer Erhöhung ihrer Bezüge zu rechnen haben, wird ein weiterer Vorschuß hierauf durch das Ruhegeldamt im Finanzministerium durch Sonderzahlung gewährt werden. Die entsprechenden Beträge werden den Empfängern vorzugsweise noch vor dem Weihnachtsfest durch die Post ausgezahlt werden können. Für den Monat Januar 1928 werden die bisherigen geleisteten Bezüge einschließlich eines Vorschusses in Höhe von 10 vom Hundert gewährt werden. Die entsprechende Ausgleichung erfolgt vorzugsweise bei der Zahlung des Februarbezuges.

Hunderttausende um die Erwerbslosenunterstützung betrogen!

Von E. Steffen, Berlin

Folgen des deutsch-national-sozialdemokratischen Einheitsfronts über 20 Millionen Mark Unterhaltungsbeträge nicht ausgezahlt!

Zwei- und dreimündige Unterstützungsverspreche

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde in einer Einheitsfront von den Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegen den erbitterten Widerstand der Kommunisten angenommen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer preisen das Gesetz als einen gewaltigen sozialen Fortschritt. In allen Gewerkschaftsversammlungen, Betriebsveranstaltungen, Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Zeitungen wurde erläutert, daß das neue Gesetz den Arbeiter vor dem Hunger schützt, daß die Erwerbslosigkeit ihre Schreder verloren hat und daß die Arbeiter durch die Beitragszahlung im Falle der Erwerbslosigkeit eine ausreichende und genügende Unterstützung zu erhalten haben.

Schon kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes zeigte sich, daß die Arbeitsämter darin weitestens die geleglichen Bestimmungen in der willkürlichen Form zur Anwendung zu bringen und daß man durch besondere Methoden die Formel der Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit dahin benutzt, Tausende von Arbeitern aus der Unterstützung zu drängen.

Das alles war aber nur ein Beispiel. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat jetzt einen Schlag gegen die Arbeiter geführt, durch den Hunderttausende von Arbeitern um die Unterstützung betrogen werden.

Im § 110, Abs. 3, wird die Karentzeit geregelt. Sie beträgt 7 Tage, ist aber auf 3 Tage verkürzt worden. Im Abschnitt 3, Abs. 2, heißt es:

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann sie (d. h. die Karentzeit) für den Fall betriebsüblicher Arbeitslosigkeit verlängern.

Bei den Beratungen im Reichstag verlangte die kommunistische Fraktion Aufhebung der Karentzeit und vor allem Beseitigung dieses Pauschal, weil vorauszusehen war, daß der Verwaltungsrat diese Bestimmung benutzen würde, um einen Vorstoß gegen die Arbeiter zu führen. Es waren die Sozialdemokraten im Bunde mit ihres bürgerlichen Freunden, die gegen die Aufhebung dieser Bestimmung kämpften und die Anträge der Kommunisten niederstimmten.

Unsere Voraussetzung ist in vollem Umfange eingetroffen. Der Verwaltungsrat, der bereits am 28. September die Verordnung über die neue Krisenfürsorge erlassen hat und dadurch bewies, wie reaktionär und brutal er in seiner Gesamtheit ist, hat durch die neue Verfügung bestätigt, daß die Reichsanstalt ein Bürgerblödinstrument ist und daß die Unternehmerinteressen seine Handlungen bestimmen. Im Verwaltungsrat sitzen sogenannte Arbeitnehmervertreter, führende freigewerkschaftliche Funktionäre haben hier Sitz und Stimme. Sie haben die neue Verordnung ausgearbeitet, sie deuten dieselbe mit ihrem Namen und sind voll verantwortlich für dieselbe. Die sogenannte Verordnung über die Wartezeit für Erwerbslose, die am 12. Dezember in Kraft trat, hat nachstehenden Wortlaut:

1. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Gesetze, Verordnungen, Erlassen

Verordnung über die Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dez. 1927

Auf Grund des § 110 Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (Reichsgesetzblatt I, S. 187) verordnet der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgendes:

Artikel 1

Soweit nicht in den Artikeln 2 bis 4 andere Wartezeiten für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung an vorgesehen sind, bleiben bis zum 31. März 1928 die Wartezeiten maßgebend, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung gelten (vgl. § 9, Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge und die Vorlesungen der obersten Landesbehörden auf Grund des § 9 Abs. 2 Ges. 1 a. u. o.).

Artikel 2

1. Wer ein Arbeitsloser in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung insgesamt mindestens 6 Monate hindurch in einem Betrieb tätig, der in unmittelbarer Folge von Wittringsverhältnissen alljährlich in der Regel eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt wird, so beträgt die Wartezeit für ihn zwei Wochen. Hat die Beschäftigung insgesamt mindestens 8 Monate gedauert, so beträgt die Wartezeit 3 Wochen.

2. Für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückgangs oder Stillstands anderweitig Erholbarkeit zu übernehmen pflegen, eine solche aber wegen der Ungunst des Arbeitsmarkts nicht finden können, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes die Wartezeit des Artikels 1 bis auf 3 Wochen verlängern. Die Verlängerung darf nicht allgemein, sondern nur für einzelne Teile des Landesarbeitsamtsbezirks und für einzelne Betriebszweige ausgesprochen werden. Sie gilt nicht für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückgangs oder Stillstands anderweitig Erholbarkeit zu übernehmen pflegen, eine

Artikel 3

Für Arbeitslose aus Betrieben, die in nur mittelbarer Folge von Wittringsverhältnissen oder aus anderen Gründen alljährlich in der Regel verstärkt oder eingeschränkt oder zeitweilig eingestellt werden, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes die Wartezeit des Artikels 1 bis auf 3 Wochen verlängern. Die Verlängerung darf nicht allgemein, sondern nur für einzelne Teile des Landesarbeitsamtsbezirks und für einzelne Betriebszweige ausgesprochen werden. Sie gilt nicht für Arbeitslose, die in der Zeit des Beschäftigungsrückgangs oder Stillstands anderweitig Erholbarkeit zu übernehmen pflegen, eine

noch aber wegen der Ungunst des Arbeitsmarktes nicht finden können.

Artikel 4

Für Angehörige der Schiffsbeflagung eines deutschen Seefahrzeuges, die nach einer seemannischen Beschäftigung von mehr als sechs Wochen arbeitslos werden, beträgt die Wartezeit eine Woche.

Artikel 5

1. Wird ein Arbeitsloser, vor einer verlängerten Wartezeit gemäß den Artikeln 2 bis 4 durchgemacht hat, von neuem arbeitslos, so unterliegt er der längeren Wartezeit erst dann wieder, wenn die Voraussetzungen dieser Artikel erneut vorliegen.

2. Sind die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützungen wegfallen, bevor der Arbeitslose die verlängerte Wartezeit vollständig durchgemacht hat, und wird der Arbeitslose unter den Voraussetzungen des Abs. 1 von neuem arbeitslos, so verlängert sich die Wartezeit des Artikels 1 nur um den noch fehlenden Rest der verlängerten Wartezeit.

Artikel 6

1. Diese Verordnung tritt am 12. Dezember 1927 in Kraft.

2. Für Fälle, in denen die Wartezeit beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits läuft, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend.

Berlin, den 2. Dezember 1927

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Dr. Syrup.

Drei Kategorien von Arbeitnehmern werden durch diese Verfügung betroffen.

1. Arbeiter hauptsächlich der Außenbetriebe, deren Arbeitsmöglichkeit von den Witterungsseinschlüssen abhängt, wie z. B. die Maurer und damit zusammenhängende die Tischbaubarbeiter, Gärtnereiarbeiter und Arbeiter landwirtschaftlicher Betriebe.

2. Arbeitnehmer sogenannter Saisonbetriebe, in denen periodisch eine Betriebsstilllegung oder -einschränkung erfolgt, z. B. Bekleidungsindustrie, Konfektionsindustrie, Süßwaren-, Lebensmittel-, Spielwaren-, Mode- und Luxusbetriebe und Unternehmungen ähnlicher Art.

3. Seeleute auf deutschen Schiffen.

Die Verordnung belegt nun, daß Arbeitnehmer, die arbeitslos werden, weil ihre Betriebe wegen der Witterungsverhältnisse eingeschränkt oder stillgelegt werden, eine längere Wartezeit als drei Tage durchzumachen haben. Ist ein Arbeitnehmer in einem solchen Betrieb im letzten Jahre 6 Monate beschäftigt gewesen, so erhält er zwei Wochen keine Unterstützung. Hat er das Glück gehabt, 8 Monate beschäftigt gewesen zu sein, so bekommt er drei Wochen keine Unterstützung. Jetzt wird im zweiten Absatz des Artikels 2 eine Einschränkung eingefügt, daß die Karentzeit auf eine Woche eingeschränkt werden kann, wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß er in früheren Jahren, wenn er in einem Saisonbetrieb gewesen ist und wegen der Witterungsseinschlüsse entlassen wurde, dann eine andere Beschäftigung ausgeübt hat. Diesen Nachweis zu führen wird nur ganz wenigen möglich sein. Denn nur ein ganz geringer Teil hatte das Glück, in den Vorjahren der riesigen Erwerbslosigkeit irgendeine andere Arbeit zu erhalten.

In der Praxis wird also die zwei- und dreimündige Wartezeit für alle die Berufsgruppen, die unter den Artikeln fallen, zu treffen. Hunderttausende von Arbeitern, die ihre ganze Hoffnung auf die Erwerbslosenversicherung gesetzt haben, und die glaubten, in Zeiten der Erwerbslosigkeit vor Not geschützt zu sein, werden nun mehr wochenlang hungrig müssen, ehe sie die erste Unterstützung erhalten. Ganz besonders bitter aber wird die Notlage sein bei den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und ungeliebten Arbeitsträgern, deren niedrige Löhne ihnen keine Möglichkeit geben, irgendeine Reserve für die Zeit der Not zu schaffen.

Noch viel grauenhafter wirkt sich der Artikel 3 aus. Die Zahl der Arbeiter, die von dieser Bestimmung betroffen werden, ist überhaupt nicht abzuschätzen. Besonders im Dezembermonat endet die Saisonarbeit für alle Unternehmen, die auf den Weihnachtsgefeiern eingesetzt waren. Es gibt nur wenige Betriebe, die keinen saisonmäßigen Charakter haben. Die Verluste der Armen aber werden hier am bittersten getroffen. In erster Linie sind es Heimarbeiter und arbeiterinnen der Konfektion und der Wäscheindustrie, es sind die Arbeitnehmer, die als Veräußerinnen eingesetzt wurden, die in der Zuckerverarbeitung, in den Konfektionsfabriken und in der Herstellung von Spielwaren weniger Monate einige Pfennige verdienten.

Häßlich und brutal bellt hier das Gesetz, daß alle Arbeiter, die jetzt und in den nächsten Wochen entlassen werden, eine zwei- und dreimündige Hungerperiode durchzumachen haben, ehe sie eine Unterstützung erhalten. Wie hähnisch wirkt die Erklärung der Gewerkschaftsleitung des ADGB, in der behauptet wird, daß der Kreis der Versicherungsberechtigten sich mit dem Kreis der Versicherungsberechtigten deckt. In dem Augenblick, in dem die Bourgeoisie daran geht, ihr sogenanntes Fest der christlichen Nächstenliebe zu feiern und ein unerhörtes Schlemmertreiben vorbereitet und Wohlen der Feste und Ausschweifung vor ihr liegen, werden Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern um die Unterstützung betrogen, ohne einen Penny der Winterkälte und dem Hunger überliefert. Es gibt keine Möglichkeit, die Auswirkungen dieser Verordnung in ihrem vollen Umfang darzustellen.

Noch einmal riß er sich los, tat ein paar taumelnde Schritte nach vorne, dem Karren zu.

Da traf ihn ein Schlag an der Schläfe.

Er schwante, stürzte, verlor in der schwarzen Menschenflut,

Als die Polizei, durch den Rutscher herbeigerufen, zehn Minuten später die Tochter läutete, lag an einer Hausschwelle ein verstummtes, zerbrechliches, blutendes Etwas, das einmal ein Mensch gewesen war.

Schönes Kapitel

Harvey Word

„Jetzt werden wir nie die Wahrschau erfahren.“ klagte Grace Mathers, sich dem alten Haushalter zuwenden, der seit drei Wochen zum ersten Male wieder zu ihr gekommen war.

„Ich bin überzeugt, daß Ben Tower unschuldig war, glaube fest an die Schuld der Frau, dieses Fräulein Ethel Lindsay.“ Grace schüttelte den Kopf.

„Sie wissen doch, was in dem Brief stand.“ warf der Haushalter ein.

„Ja; aber John hat bestimmt nie einer Frau gegenüberdetzt gehandelt, daß sie ein Recht hatte, ihn zu töten. Ich kenne ja die Geschichte ihrer Verlobung. John hat sie mir erzählt. Fräulein Lindsay war so sehr im Unrecht, daß selbst sie dies einsehen mußte.“

„Eine Frau sieht selten etwas ein. Doch wird ja nächste Woche der Prozeß beginnen.“

„Ich weiß, daß Ethel Lindsay unschuldig ist. Wir müssen weiter suchen, aber —“ Sie stochte einen Augenblick, schaute voller Teilnahme auf den alten Mann, der noch grauer und gebückter war als zuvor. „Ich wage nicht, Sie jetzt um Ihre Hilfe zu bitten, begreife sehr gut —“

„Nicht auf der Welt kann mit mein Kind wieder gegeben.“ lagte Samuel Rosenstein schwermüdig. „Trotzdem, da Miriam tot ist, hat das ganze Leben keinen Sinn mehr für mich; die Tage, die mir noch bleiben, sollen Ihnen gehören und der Nachsitz für den Toten. Kann Ethel Lindsay Ihre Unschuld beweisen, so

ist der Vertrag mit erfüllt. Ich lehne die Seeleute, wenn sie länger als 6 Wochen Seefahrt machen, nicht ab, wenn sie Woche Karentzeit durchmachen müssen.“

Wenn die Erwerbslosen in ihrem Hunger zur Selbsthilfe greifen, wenn sie gegen die „heiligen Geiste“ der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verstoßen, oder, wie die Vorfälle der letzten Wochen zeigen, der Selbstmord aus Not zur täglichen Erscheinung wird, dann entrüstet sich die bürgerliche Gesellschaft, ruft nach der Klassejustiz, baut neue Gefängnisse oder unterschlägt die Ausbrüche der steigenden Not.

Die Sozialdemokratie ist der Feind der Arbeiter.

Das Gesetz und seine Auswirkung ist zu gleicher Zeit der Beweis dafür, wie es der Sozialdemokratie gelingt, immer wieder das Vertrauen der Arbeiter zu täuschen. Als in den Sommermonaten das Gesetz beraten und angenommen wurde, waren es die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD-Führer, die mit aller Kraft verhinderten, daß die Arbeiterschaft für über die wirkliche Bedeutung des Gesetzes informierte. Wenn oppositionelle Arbeiter und Kommunisten in Gewerkschaftsversammlungen trittig zum Gesetz Stellung nahmen, wurde verlust, jede wirkliche Aufführung zu verhindern oder durch läugnende Behauptungen zu überdecken. Die Jubelrede der sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse über die Annahme des Gesetzes sind verzerrt. Kein Notsherr der Erwerbslosen, keine Kritik am Gesetz, kein Einigkeit gegen die reaktionären Arbeitssäume wird von der SPD-Presse geduldet oder gar veröffentlicht. Als die Schadbestimmungen der Klientelfürsorge veröffentlicht wurden, jammerte der Vorwärts nur darüber, und mit ihm die Provinzzeitungen, daß den oberen und höchsten Gruppen die Unterstützung gestrichen wurde. Unbedingt ließ er, daß die Hungerspende der unteren Sähe durch den Anrechnungsmodus und die Bedürftigkeitsprüfung noch mehr vertuszt wurden. Kein Wort des Widerspruchs fand er, daß die meisten Arbeiter mit weniger als 20 Wochen verpflichtungspflichtigen Beiträgen überhaupt keine Unterstützung erhalten.

Angepaßt dem soziatistischen Verrat ist die Stellungnahme zu dieser Verordnung. Kein Wort der Kritik, kein Wort des Protestes, kein Ausdruck dagegen, daß Hunderttausende von Arbeitern wochenlang hungrig müssen. Die ganze soziale Sozialdemokratie, für die nur die Zeit der Reichstagswahlen und die Ministerie in der großen Koalition existieren, spricht jetzt die beispiellose Bitte aus, die Arbeitssäume mögen doch nicht zu rigoros bei der Auslegung des Gesetzes vorgehen. Jammeroller und schwammoller ist nie ein Verrat vollzogen worden, seine zehn Seiten hat die SPD übrig für den Unterstützungsanspruch an Hunderttausenden von Arbeitern, die ihren Beitrag gezahlt haben, und jetzt wochenlang dem Hunger ausgelebt und. Diese SPD schreibt aber täglich Seitenlang in ihren Blättern, daß die Arbeiter sich in der SPD organisieren und sozialdemokratisch wählen sollen. Die SPD spielt den Henker für den Bürger und glaubt, die Arbeiter seien die dummen Kälber, die die SPD-Henker wählen.

Über 20 Millionen Mark Unterstützungsbedarf nicht ausgezahlt

Durch die Verlängerung der Karentzeit kommen Millionen von Mark nicht zur Auszahlung. Die Zahl der Arbeiter, die unter der verlängerten Karentzeit zu leben haben, ist nicht genau abzuschätzen. Die Zahl von 500 000 ist bestimmt viel zu niedrig gegriffen. Wenn man bedenkt, daß ein wesentlicher Teil dieser Arbeiter, besonders aus den Bau- und verwandten Betrieben, die Unterstützung nach der Gruppe II zu erhalten hat, also 22—27 Mark, fñsst wenn man annimmt, daß ein weiterer größerer Teil entsprechend der Gruppe 8 mit über 15—27 Mark Unterstützung bekommt, so ist es klar, daß manche Arbeiter bei zwei- und dreimündiger Karentzeit um Summen von 50 bis über 100 Mark gebraucht wird. Gewiß werden Hunderttausende von Arbeitern dabei sein, deren Unterstützungssumme noch nicht 10 Mark beträgt, deren Einbuße 30 Mark ausmacht, aber dieser Kreis braucht die Unterstützung ebenso und noch viel notwendiger als seine Berufskollegen, die das Glück hatten, besser entlassen zu werden. Der Beitrag von 20 Millionen Mark, der also nicht zur Auszahlung kommt, obgleich er den Erwerbslosen gehört, ist somit viel zu niedrig gegriffen, er verdeckt leicht, aber gewiß die Auswirkung des neuen „Sieges“ der Sozialdemokratischen Partei auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für das Proletariat ist.

Erwerbslose, kämpft um eure Unterstützung!

In jeder Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlung, überall müssen die Arbeiter zu dem Gesetz und besonders zu dieser Verordnung Stellung nehmen. Überall muß Rechenschaft verlangt werden von der Sozialdemokratie für ihren Verrat. Der Massenprotest der Arbeiter muß die Möglichkeit geben, den Kampf zu führen für die Beseitigung des Versicherungsbetruges. Ein Versicherungsschwindel in nie dagewesenen Ausmaßen ist zur Tat gesetzt worden. Deswegen muß die ganze Arbeiterschaft gegen das Gesetz und gegen die Befürworter sich ausspielen.

Die Arbeiter können aber nicht hungrig werden, sie können nicht zwei und drei Wochen auf die Unterstützung warten. Deswegen muß es erzwungen werden, daß die Gemeinden während der Dauer der Karentzeit aus den Mitteln der Wohlfahrtsfürsorge die Unterstützung in der Höhe der zu stehenden Erwerbslosenunterstützung zahlen. Der Beschluss des Breslauer Magistrats, der erkannt hat, daß die Hungerläufe der Befürworter zum Leben nicht ausreichen, und der deswegen für alle in Frage kommenden Erwerbslosen Juchslage zahlt, muß überall angenommen werden. Darüber hinaus ist zu kämpfen dafür, daß auf Grund der Verordnung der Reichsanstalt die vollen entgangenen Beiträge für die Erwerbslosen mit zwei- bis dreimündiger Karentzeit zu zahlen sind.

Mobilisiert die erwerbslosen und betriebsähnlichen Arbeiter, kämpft mit allen Mitteln für die Unterstützung, kämpft gegen die Gesetz, mobilisiert alle Arbeiter zum Kampf gegen die Bürgerblödregierung, für die Beseitigung des reaktionären Staates führt den Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Der Dienst betrat das Zimmer und meldete Herrn Harvey Word.

Grace überlegte einen Augenblick, sagte dann:

„Führen Sie ihn herein. Ich kenne Herrn Word nicht.“ erklärte sie dem Haushalter. „Doch war er Johns bester Freund, wird uns vielleicht behilflich sein können.“ „Gehen Sie nicht fort,“ fügte sie hinzu, als sich Samuel Rosenstein erhob. „Wir könnten uns vielleicht zusammen beraten.“

Harvey Word trat ein. In den ersten Augenblicken war Grace zu erschüttert, um viel sagen zu können. John Rawley sah sie oft von seinem Freund erzählt und nun sahen ihr die glücklichen Stunden ein, da sie von Rawleys Lippen Harveys Namen gehört hatte.

Auch der junge Mann war tief bewegt. Voller Mitleid betrachtete er die zarte, blosse Frau, die von einem so furchtbaren Schmerz betroffen worden war.

Samuel Rosenstein brachte etwas Nüchternheit in die ergriffene Stimmung, indem er sagte:

„Nun werden Sie uns helfen können, den Mörder zu finden, Herr Word.“

<p

